



Österreich



Der Verlust der grünen Unschuld

Das Vakuum auf der Linken lässt bei Vielen die Grünen als einzige Alternative zum bürgerlichen Einheitsbrei erscheinen. Doch sobald die Grünen in die Regierung kommen, verfolgen sie die selbe Politik wie die anderen etablierten Parteien. Oberösterreich und Wien beweisen es.

SEITE 2

Betrieb und Gewerkschaft



Soziale Arbeit ist der Politik nichts wert

Die Budgeteinsparungen von Bund und Ländern treffen soziale Berufe voll. Leider ist das „Kämpfen“ für unsere Gewerkschaftsführungen gerade hier ein schwer auszusprechendes Fremdwort

SEITE 3



CWI-Weltkongress: Die Achse des Guten

Über 120 Delegierte und 30 Gäste aus allen Kontinenten diskutierten von 2. – 9. Dezember Strategien vor dem Hintergrund der tiefsten Krise seit den 1930er Jahren

SEITEN 4/5

Internationales



Tunesien: „Wir lassen uns nicht aufhalten!“

Wenn aus einem Kochtopf der Druck keinen Weg findet, dann explodiert er. Ähnlich ging es dem tunesischen Diktator Ben Ali. Nun braucht es keine Regierung der „nationalen Einheit“ sondern eine Regierung der ArbeiterInnen.

SEITE 7

Hypo, Grasser, Sparpaket: Uns reicht´s!

STREICHEN bei den Reichen!

von Laura Rafetseder, SLP Wien

Eine Massenbewegung stürzt den tunesischen Diktator, Generalstreiks erschüttern Europa, Sozialabbau-Regierungen rasseln in den Umfragen nach unten: Der Jahreswechsel 2010/11 war turbulent wie selten. Die Zeiten der Stabilität sind vorbei. In ganz Europa nimmt die Wut auf die Herrschenden zu. Auch in Österreich gehen Menschen gegen Abschiebungen auf die Straße. Tausende demonstrierten am 27.11. gegen das Sparpaket. Im Sozialbereich streikten in Oberösterreich am 13. und 14. 12. 1.500 Beschäftigte. Zwei Millionen Menschen können sich keinen Urlaub leisten, 500.000 sind „manifest arm“. Laut ATV sind 75% der Bevölkerung mit der Regierung unzufrieden. Josef Pröll verzeichnet im OGM-Vertrauensindex ein Minus von 10 Punkten. Nur 38% orten gerechte Zustände im Land. Kein Wunder: Die Regierung schützt die Reichen und Mächtigen – wie Grasser, Meischberger & Co. – und kürzt bei uns.

„Aufschwung auf tönernen Beinen“

Viele hoffen, dass die Wirtschaftskrise vorbei ist. Allerdings steht der Mini-Aufschwung auf mehr als tönernen Füßen. Die österreichische Wirtschaft ist stark exportabhängig. Das macht sie verwundbar. Jeder internationale Einbruch trifft Österreich massiv. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist der Bankensektor, der in Osteuropa Kredite in der Höhe von 2/3 des österreichischen BIP hält. Die österreichischen Großbanken zählen nach einer Standard&Poor Untersuchung zu jenen, die mit dem geringsten Eigenkapital ausgestattet und daher zusammenbruchsgefährdet sind. Irland zeigt, wie schnell ein wackelnder Bankensektor ein Land in die Krise stürzt.

Der noch stabile Konsum täuscht über die wachsenden sozialen Probleme hinweg. Denn tatsächlich sank die Sparquote von 11,1% (2009) auf 8,8% (2010) – das heißt das Geld geht aufgrund niedriger Einkommen für die täglichen Bedürfnisse drauf. Wir können uns also schon das aktuelle Sparpaket nicht leisten.

Neue Angriffe kommen!

Die Frage ist nicht, ob, sondern wann, ein nächster Wirtschafts-Einbruch kommt. Dann kommen die nächsten Angriffe – denn Reserven für neue Konjunkturpakete sind nicht vorhanden. Der Druck von Seiten der Wirtschaft für eine Verwaltungsreform wächst. Hans Pitlik vom Institut für Wirtschaftsforschung „erklärt“, eine solche könnte bis zu zwei Mrd. Euro Einsparungen bringen. Verwaltungsreform = Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und weniger Kontrolle für die Wirtschaft (z.B. hat blau-schwarz die Zahl der Steuerprüfer reduziert, so werden steuerhinterziehende Unternehmen seltener entdeckt).

Die grausigen Konsequenzen der Einsparungen im Gesundheitswesen werden erst zeitverzögert offen-



sichtlich, wenn diese wirksam werden (z.B. noch mehr PatientInnen in noch weniger Zeit „pflegen“).

Im Uni-Bereich werden nach den Kürzungen bei der Familienbeihilfe über die Hintertür weitere Zugangsbeschränkungen eingeführt – eine kurze Studieneingangsphase mit Knock-Out-Prüfungen die seltener als bisher wiederholt werden können soll die Anzahl der Studierenden reduzieren.

Bildungsvolksbegehren ist scheinheilig!

Auch bei der „Bildungsreform“ sind Angriffe auf LehrerInnen – und keine Verbesserungen für die SchülerInnen – zu erwarten. Das Bildungsvolksbegehren des Industriellen Androsch ist ein Versuch von Teilen des Establishments, die Wut über das jahrelang kaputtgesparte Bildungssystem zu kanalisieren. Dabei geht's um ein „effizienteres“ Bildungswesen und darum Proteste zu verhindern bzw. sich die Legitimation für neue Angriffe zu holen. Was Regierung und Unternehmen wollen, unterscheidet sich nämlich von dem, was gut ist für die Betroffenen. Wenn sich diese zur Wehr setzen, werden sie als „Reformblockierer“ oder „Betonierer“ beschimpft – in Wirklichkeit geht es hier aber um die Verteidigung erkämpfter Rechte. Das Problem ist viel mehr, dass die Gewerkschaftsführung Kämpfe verhindert, anstatt diese zu organisieren.

Turbulente Zeiten – aber welche Alternative?

Vor uns stehen turbulente Zeiten. Der Kapitalismus wird immer mehr hinterfragt – zu Recht! Die Euro-Krise zeigt, was Kapitalismus in der Krise für uns bedeutet: mit Milliarden werden die Profite von Banken gerettet, während bei den ArbeiterInnen radikal der Sparstift angesetzt wird. Aber es gibt eine Alternative: Nicht-Bezahlung der Schulden, Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrie im Interesse der Beschäftigten, eine Regierung der ArbeitnehmerInnen. Unsere Alternative ist eine sozialistische Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen zählen und nicht die Profite einer winzigen Minderheit.

In vielen Ländern herrscht aber das Problem, dass es keine Partei gibt, die unsere Interessen vertritt. Der Aufbau solcher ArbeiterInnen-Massenparteien, die Kämpfe organisieren und Bewegungen führen können, und die eine politische Alternative in Form eines sozialistischen Programms haben, ist international nötig – auch in Österreich. Die kommenden Bewegungen werden die Grundlage legen, auf der eine solche Partei entstehen kann. Solange es diese Alternative nicht gibt, werden FPÖ & Co. mit ihren rassistischen Scheinlösungen von der Wut der Menschen profitieren.



Der Standpunkt

Von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Militarisierung
durch die Hintertür

Ich kenne viele Erzählungen von Männern über die Erfahrungen mit erniedrigendem Drill und diktatorischen Strukturen beim Bundesheer bzw. mit weitgehend rechtloser Sklavenarbeit beim Zivildienst. Ich kann also das Aufatmen der unter 17-jährigen gut verstehen, die auf eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht hoffen. Tatsächlich ist das Ziel aber eine zunehmende Militarisierung. Der Staat braucht „besondere Formationen bewaffneter Menschen“ (Friedrich Engels). Der Schwenk der SPÖ mag das unmittelbare Ergebnis ihrer abhängigen Verbundenheit mit der Kronenzeitung sein. Doch dahinter stehen fundamentale Überlegungen der herrschenden kapitalistischen Elite. Generalstreiks in ganz Europa. Betriebsbesetzungen in Britannien. Ungehorsame BürgerInnen in Deutschland, die sich monatelang gegen Großbauprojekte und Atomtransporte wehren. Regimes zB. in Tunesien, die wie Kartenhäuser zusammenbrechen...

Den Herrschenden dieser Welt ist klar, dass die ruhigen Zeiten vorbei sind. Und darauf bereiten sie sich vor. ÖVP-Politiker Bartenstein sagt, worum es geht: „Hauptaufgabe des Bundesheeres ist doch die Verteidigung, nicht der Katastrophenschutz.“ Dem gilt hinzu zu fügen: es geht NICHT um die Verteidigung von sozialen oder demokratischen Rechten, sondern um die Verteidigung des Besitzes der Herrschenden und der Sicherung der herrschenden Zu- bzw. Missstände. Und so sehen wir international eine Aufrüstung des Militär- und Repressionsapparates und seine Effizienzsteigerung. Der deutsche Bundespräsident Köhler musste zurücktreten, weil er die Wahrheit sprach, nämlich dass „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“.

Das österreichische Bundesheer braucht kein schweres Gerät, um die Grenzen zu sichern, sondern bewegliche Truppen, die gegen kommende Streikbewegungen, Jugendunruhen etc. eingesetzt werden können. Das geht mit Präsenzdienern schwer, die könnten sich mit jenen Verbänden, die dann protestieren. Dazu braucht es ein Berufsheer, dass abgehoben von der Bevölkerung, mit eigenen Interessen und als treuer Diener seiner Herren wenn „nötig“ auch brutal zuschlägt.

Impressum:
Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung Vorwärts hat Sonja Grusch inne. Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP.
Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11;
Auflage: Je nach Thema unterschiedlich.
Druck: digiDruck, 1100 Wien;
Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U
Abos & Spenden: PSK 8812.733

von Gerhard Ziegler, SLP Linz

Wut und Widerstand über Lohnkürzungen, Stellen- und Sozialabbau sind groß - und die Suche nach Alternativen. Das Vakuum auf der Linken lässt bei vielen die Grünen als einzige Alternative zum bürgerlichen Einheitsbrei erscheinen.

Wenn sie dürfen, machen die Grünen auch nichts anders

Doch sobald die Grünen in die Regierung kommen, verfolgen sie die selbe Politik wie die anderen etablierten Parteien: z.B. Hartz IV und deutsche Soldaten in Afghanistan unter Rot-Grün in Deutschland.

Nicht anders in Österreich: In OÖ unterscheidet sich die „grüne Handschrift“ kaum von jener der ÖVP - die Grünen regieren bereits die zweite Legislaturperiode in einer Koalition mit der ÖVP. Sie stehen für Privatisierung und Kürzung. So haben die Grünen zusammen mit ÖVP und FPÖ den Börsengang der damals noch dem Land OÖ gehörenden Energie AG vehement verteidigt. Die jüngsten Kürzungen im (Psycho-)Sozialbereich (siehe Seite 3) wurden von allen vier im Landtag vertretenen Parteien - also schwarz-grün-rot-blau - gemeinsam beschlossen. Auch in Wien ist die neue rot-grüne Landesregierung nicht so sozial, wie sie sich präsentiert: siehe Haus Döbling (Kasten) und Einsparungen beim Heizkostenzuschuss (Absenkung von 200.- auf 100.- und starke Beschränkung des BezieherInnen-Kreises), wodurch besonders die Ärmsten getroffen werden. Auch die Nächtigungsgebühr in Notschlafstellen bleibt - und treibt Menschen im Winter auf die Straße.

Fest verwurzelt in kapitalistischer Logik

Das verwundert kaum. Die Grünen haben das System selbst nie in Frage gestellt. Sie haben nicht die Notwendigkeit gesehen, dass gegen die bestehende kapitalistische Profitlogik eine andere, auf den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen aufbauende Logik entwickelt werden muss, um tatsächlich zu einer Alternative zum kri-

senbehafteten System zu werden. Sie haben immer mehr die kapitalistischen „Sachzwänge“ übernommen und sich rasch von einer Protestpartei zu einer immer angepassteren Oppositionspartei entwickelt, die manchmal auf den Regierungsbänken Platz nehmen darf. Das Argument „wir haben halt keine Absolute, in einer Koalition müssen wir Kompromisse machen“ musste schon bei der SPÖ zur Rechtfertigung diverser sozialer Sauereien herhalten.

Es braucht eine Systemalternative

Was wir heute brauchen, ist genau das, was die Grünen nicht sind - eine Organisation die sich nicht an Sachzwängen sondern an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und dafür Kämpfe und Bewegungen organisiert. Die eine echte Systemalternative hat und es sich zur Aufgabe macht, ausgehend von den Verteidigungskämpfen, die es gibt in die Offensive zu gehen, um schlussendlich das kapitalistische System insgesamt zu Fall zu bringen: eine neue, kämpferische ArbeiterInnen-Partei.



Mit Studierendenwohnheimen darf die
Wien Holding keinen Gewinn machen,
mit Genossenschaftswohnungen schon.

STADT WIEN KÜRZT BEI DEN STUDIERENDEN

Im Sommer 2012 will die stadteigene Wien Holding Teile des „Haus Döbling“, einem Studierendenwohnheim, abreißen. Dort sollen profitable Wohnungen entstehen. Die BewohnerInnen wehren sich, Nora Brandes interviewte ihre Sprecherin Lisa.

Was ist besonders am Haus Döbling?

Ein Zimmer kostet pro Monat ca. 190.-. Im Vergleich mit anderen Heimen, wo man ca. 300.- zahlt, ist das günstig. Das Heimstatut, das den Bewohnern „in allen das Heimleben betreffenden Fragen“ Mitbestimmung garantiert, ist auch besonders. Vom Internet bis zur Mülltrennung organisieren wir uns alles selber. In der Heimbar schenken wir Getränke ohne Profit aus. Eine Quote an ausländischen Bewohnern macht das Heim zu einem Vorzeige-Integrationsprojekt.

Wie viele Heimplätze gehen verloren?

Von den 378 Plätzen, die verloren gehen, werden am jetzigen Standort nur 126 neu gebaut. Die neuen Plätze werden aber ca. 100.- mehr kosten. Als Ersatz sollen im 11. und 22. Bezirk Heime gebaut werden. Das bedeutet aber eine viel längere Anfahrt zu den diversen Unis. Außerdem sollen diese Heime erst 2014 fertiggestellt werden. Da stehen wir schon längst auf der Straße...

Was sind eure Forderungen?

Der Erhalt aller 850 Heimplätze in Döbling und die Sanierung der mutwillig heruntergewirtschafteten Bausubstanz. Wir wollen faire Heimpreise und das Heimstatut erhalten. Wir wehren uns dagegen, dass über unsere Köpfe hinweg entschieden wird.

Was habt ihr bisher gemacht?

Seit April 2010 haben wir u.a. die Bewohner mit Aushängen und Aktionen über den Abriss informiert, einen Kurzfilm gedreht und Unterschriften gesammelt. Auf der großen Demo gegen das Sparpaket waren wir mit Transparenten und Flyern anwesend. Zuletzt haben wir am Christkindlmarkt unter dem Motto „Haus Döbling auf Herbergssuche“ protestiert.

Was erwartet ihr euch von Rot-Grün?

Von der SPÖ erwarte ich mir nichts, sie hat den Abriss beschlossen. Bei den Grünen habe ich etwas mehr Hoffnung. Ein Brief an Vassilakou ist geplant. Bisher haben die Grünen gesagt „Wir würden euch unterstützen, aber wir haben in Wien kein Mitspracherecht.“ Jetzt sitzen sie aber in der Regierung.

Webtipp: www.hausdoebbling.at

Liverpool hat's gezeigt: Sparzwang kann bekämpft werden

Die Krise bei Ländern und Gemeinden

von Tilman M. Ruster,
SLP-SchülerInnengruppe

Nicht erst seit dem aktuellen Kürzungspaket war und ist es Praxis, mehr und mehr Kosten vom Bund auf die unteren Verwaltungsebenen abzuwälzen: Wo das Arbeitslosen- und Pflegegeld gekürzt wird, müssen die Gemeinden die soziale Versorgung der Menschen stemmen.

Gleichzeitig sanken die Einnahmen durch die Wirtschaftskrise drastisch: Wo Verluste gemacht werden, werden auch keine Gewerbesteuern gezahlt und die Kommunen sitzen auf dem Trockenen. Milliardenverluste durch die Skandale bei den Landesbanken und Gemeinden, die Steuergelder verspekuliert haben, haben die Finanznot noch verschlimmert. Es gibt Schätzungen, dass mehr als die Hälfte der Gemeinden bald bankrott sein wird.

Druck von oben

Die KommunalpolitikerInnen setzen

auf die selben Konzepte wie ihre KollegInnen im Bund: Sparen bei Bildung und Sozialem.

“Den Menschen ist die Wahrheit zumutbar“, meint Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Helmut Mödlhammer (ÖVP). "Der Bevölkerung ist genauso wie den GemeindevertreterInnen völlig klar, dass es angesichts sinkender Einnahmen zur Kürzung von Leistungen kommen muss".

Wo gekürzt werden soll verrät eine Meinungsumfrage des Gemeindebundes unter BürgermeisterInnen: Sozialleistungen, Öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungsbau, Nachmittagsbetreuungen, Kultur und Integration. All das sei angesichts sinkender Einnahmen bei steigenden, von Bund und Land vorgeschriebenen, Ausgaben einfach nicht mehr drin.

Zusätzlich wächst der Druck, Kosten im öffentlichen Dienst einzusparen. Durch Zentralisierung von Arbeitsfeldern der Länder oder die Zusammenlegung von Feuerwachen, Rettungsdiensten oder ganzer Gemeinden soll Perso-

nal eingespart werden. Auch die Beauftragung privater Firmen mit öffentlichen Aufgaben soll die Kosten für Löhne und Pensionen klein halten.

Kämpfen statt Sparen

Besonders nach den Milliardenkosten für Bankenrettungspakete wird dieser Weg des Sparens überall als alternativlos dargestellt. Erfahrungen aus der Vergangenheit beweisen aber das Gegenteil: 1984 gewann die Strömung „Militant“ in der englischen Labour Party die Mehrheit im Stadtrat von Liverpool. Sofort ging sie auf Konfrontationskurs mit dem von der Thatcher-Regierung verordneten Sparzwang. Die Vorgängerorganisation der heutigen Socialist Party (Schwesterpartei der SLP) startete ein groß angelegtes öffentliches Wohnungsbauprojekt, errichtete Kindergärten, Schulen, Seniorenheime und bekämpfte die Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst bei vollem Lohn. Um das Geld dafür von der Re-



gierung zu erkämpfen organisierte sie die aktive Teilnahme der ArbeiterInnen und ihrer Familien an diesem Prozess mit Versammlungen in allen Stadtteilen, Demos und sogar Streiks.

Leider gelang es der Thatcher-Regierung schließlich, die Stadtregierung mit juristischen Mitteln los zu werden - nicht zuletzt mit Unterstützung der restlichen Labour Party. Dennoch ist Liverpool ein Beispiel für wirklich sozialistische Kommunalpolitik.

Statt sich an angeblichen Sachzwängen zu orientieren, gilt es die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Geld dafür ist genug da, es muss nur erkämpft werden!

Soziale Arbeit ist der Politik nichts wert

von Herbert Wanko, SLP Wien

Vor zwei Jahren startete der ÖGB die Kampagne „Soziale Arbeit ist mehr wert“. Verbesserungen gab es seither keine. Im Gegenteil! Die Einsparungen von Bund & Ländern treffen soziale Berufe voll. In Oberösterreich wird der Psychosoziale Dienst ausgehungert, in Wien musste der Verein Wiener Hauskrankenpflege Konkurs anmelden und die KV-Abschlüsse vermitteln den Eindruck, dass soziale Arbeit nichts wert ist. Die Debatte über das freiwillige soziale Jahr zeigt wohin die Regierung will: Unterbezahlte qualifizierte Kräfte durch noch mieser bezahlte unqualifizierte Kräfte zu ersetzen – noch eine Verschlechterung für Beschäftigte und KlientInnen.

Anfang Dezember 2010 gaben Soziallandesrat Ackerl (SPÖ) und Landeshauptmann Pühringer (ÖVP) die Kürzungen bekannt. Dadurch würden über 100 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Wer die psychisch Kranken künftig betreuen soll, ist offen. Am 13./14.12. streikten die KollegInnen von pro-mente OÖ und EXIT-sozial und hielten eine öffentliche Betriebsversammlung in Linz ab.

Schon 2008 wehrten sich die KollegInnen dieser beiden Betriebe erfolgreich gegen Lohnkürzungen über den Umweg von Änderungskündigungen durch „Sozial“-Landesrat Ackerl.

Was tun, wenn die Landesregierung in Oberösterreich nicht einlenkt?

Wenn die Warnstreiks im Dezember nicht ausreichen, muss nachgesetzt werden. KollegInnen und Betriebsrat waren bisher kämpferisch – sie sollten sich nicht auf die erfahrungsgemäß handzahme Gewerkschaft verlassen, sondern den Kampf und v.a. die Solidarität und Unterstützung aus anderen Bereichen selbst organisieren. Durch eine Einbindung der KlientInnen sowie anderer Betriebe aus dem Sozialbereich ist ein längerer Arbeitskampf bis hin zum unbefristeten Streik möglich.

BAGS-KV: Reallohnverlust kommt

2% KV- und 1,85% IST-Lohnerhöhung für den BAGS-KV bedeuten, bei erwarteten mehr als 2% Inflation für 2011, einen weiteren Reallohnverlust für die 80.000 Beschäftigten. Nach dem Abbruch der Verhandlungen am 16.12. wurde für 26.1. ein Aktionstag angekündigt. Als die Mehrheit „unserer“ VerhandlerInnen am 12.1. einen mickrigen Abschluss abgesegnet hatte, wurde der Aktionstag gestrichen. Warum wurde das Ergebnis keiner Urabstimmung unterzogen? Eigentlich haben KollegInnen und Gewerkschaft längst klar gemacht, dass soziale Arbeit mehr wert sein sollte. „Daher müssen wir Beschäftigten ein Zeichen setzen, dass wir uns das

Kaputtsparen im Sozialbereich ebenso wenig länger gefallen lassen wie die permanente Aushöhlung unserer Arbeits- und damit Lebensbedingungen – auch wenn das Arbeitskampf bedeutet!

(Beschäftigte von pro-mente 2008)

Schon vor dem 16.12. hätte klar gemacht werden müssen, dass höhere Löhne auch erkämpft werden, wenn nötig. Ein Schulterschluss zwischen dem gesamten Sozialbereich und den KollegInnen von pro-mente OÖ und EXIT-sozial einerseits gegen die Kürzungen und die drohenden Kündigungen, sowie für eine akzeptable Lohnerhöhung wären eine wichtige Grundlage für einen erfolgreichen Kampf. Leider ist das „Kämpfen“ für die Gewerkschaftsführungen ein schwer auszusprechendes Fremdwort. Unterschriftenlisten, die dem Parlament übergeben werden und dann in Schubladen verschwinden, bewirken – wie wir regelmäßig sehen – nichts. Auch Demonstrationen sind offensichtlich zu wenig. Deswegen müssen kämpferische GewerkschafterInnen und Betriebsräte die Notwendigkeit des Arbeitskampfes aufgreifen und gemeinsam mit den betroffenen KollegInnen Druck auf die Gewerkschaft aufbauen. Wir brauchen Kampforganisationen die sich wirklich für unsere Interessen einsetzen, unsere Forderungen unterstützen und unsere Kampfbereitschaft nicht unter den Tisch kehren.



Verein Wiener Hauskrankenpflege insolvent

Am 27.12.2010 hat der Verein Wiener Hauskrankenpflege (WJS) Insolvenz angemeldet. Dies betrifft ca. 230 Beschäftigte, die jetzt noch auf ihr Weihnachtsgeld und ausstehende Löhne warten und 600 KlientInnen, die nicht wissen, ob – und von wem – sie in Zukunft betreut werden.

Seit Jahren gibt es massive Differenzen zwischen dem Verein WHS und dem FSW. Schließlich wies der FSW dem WHS seit Sommer 2010 angeblich keine neuen KlientInnen mehr zu, was schließlich zur Insolvenz führte. Warum sollen die Beschäftigten allfällige Fehler der Vereinsführung ausbaden?

Der FSW garantiert den KlientInnen nötigenfalls anderweitige Betreuung. Die vielleicht arbeitslos werdenden KollegInnen werden mit

keinem Wort erwähnt. Die grün-nah Fraktion KIV in der Gemeinde Wien fordert die (Wieder)Eingliederung des Fonds Soziales Wien (FSW) in die Gemeinde Wien. Ein guter Ansatz – aber zu wenig. Der gesamte Sozialbereich ist von der öffentlichen Hand abhängig.

Die Ausgliederung in Vereine, die die Selbstausbeutung fördern, geht immer zu Lasten von Beschäftigten und KlientInnen. Eine Übernahme der WHS in den FSW bzw. von beiden in die Gemeinde Wien wäre sinnvoll. Solche Maßnahmen müssen aber verbunden werden mit einer Aufstockung des Budgets im Sozialbereich und mit demokratischen Strukturen bei denen die Beschäftigten und KlientInnen – und nicht ein Management – verwalten und kontrollieren.

Dem Bodenpersonal der AUSTRIAN platzte der Kragen, und siehe da, es gab doch mehr Geld

Verbesserung erkämpft, aber es lag mehr in der Luft

von Christian Bunke, SLP Wien

Bei der AUA hat es Anfang Jänner gerappelt, na ja sagen wir fast. Die Kollektivvertragsverhandlungen (KV) für die rund 2500 kaufmännischen und technischen Angestellten beim Bodenpersonal hätten beinahe zum Streik geführt. Die Beschäftigten hatten von Jahren des Stellenabbaus und der Lohnzurückhaltung genug. Die AUA-Vorstandsmitglieder bekommen 600.000 Euro im Jahr, wollten vom Kuchen aber kein Stückchen abgeben. Es roch nach Konflikt.

Proteste am Flughafen...

Am 9. Dezember brachen die Kollektivvertragsverhandlungen zusammen. Davor und danach gab es beeindruckende Mobilisierungen der Belegschaft. 1600 Beschäftigte beteiligten sich an Protestzügen durch den Flughafen und unbefristeten Betriebsversammlungen, teilweise während der Arbeitszeit. Die Beschäftigten der AUA haben in den vergangenen Jahren für den verschuldeten AUA-Konzern bluten müssen. Über 600 von ihnen haben bereits ihren Job verloren. Gehälter wurden eingefroren. Zum „Ausgleich“

gab es das Versprechen der Konzernleitung, ab 2011 eine Lohnsteigerung springen zu lassen. Davon wollten sie nun aber nichts mehr wissen. Die Wut des AUA-Personals zeigte sich auch am Ergebnis der Urabstimmung. 85% stimmten für Streiks bei einer 2/3 Beteiligung an der Abstimmung. Kein Wunder: Die Einstiegsgehälter liegen bei 1.100 Euro Brutto, niedriger als bei z.B. bei BILLA.

... führten zu Verbesserungen

Buchstäblich in letzter Sekunde ruderte die AUA Spitze zurück. Der am 5. Jänner eiligst unterschriebene neue Kollektivvertrag sieht Lohnerhöhungen von 35-45 Euro, rückwirkend ab Dezember 2010, und einen Inflationsausgleich für 2011 vor. Sollte die AUA 2011 über 50 Millionen Gewinn machen, gibt es eine Bonuszahlung von 700 Euro. Außerdem steigt der Mindestlohn 1.300 Euro/Monat. SozialistInnen begrüßen jede echte Verbesserung für werktätige Menschen. Ohne die Streikdrohung hätte es diese Zugeständnisse nicht gegeben. Aber es ist davon auszugehen, dass die AUA-Konzernspitze den Kompromiss vorher parat hatte – für den Fall einer ernsten Streikdro-



hung. D.h. aber auch, dass durch einen tatsächlichen Streik mehr gewonnen werden hätte können und die Verluste der letzten Jahre zumindest teilweise ausgeglichen werden hätten können. Für die 700 Euro Bonus müssen gewählte VertreterInnen der Belegschaft dem Konzern auf die Finger schauen. Es braucht eine echte Kontrolle und Verwaltung des Betriebes durch die Beschäftigten, um die versprochenen Bonuszahlungen zu bekommen. Ein paar BetriebsrätInnen im Vorstand und die sich an eine Schweigepflicht gebunden fühlen, sind da zu wenig.

Proteste ausweiten und verknüpfen

Neben Demo und Streiks in

OÖ sind die Entwicklungen bei der AUA ein weiteres wichtiges Signal dafür, dass österreichische Lohnabhängige nicht passiv sind, wie gerne behauptet wird. Die Kampfbereitschaft des Bodenpersonals hätte auch zum Schulterschluss mit dem Bordpersonal genutzt werden können. Streiks bei der AUA oder weitere Arbeitskämpfe im Sozialbereich können auch eine Signalwirkung für andere Berufsgruppen haben, sich zu trauen, sich für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Genau diese Vorbildwirkung, dieses Signal fürchten Wirtschaftskammer aber auch große Teile des ÖGB-Apparates. Deshalb dürfte die Erleichterung über das AUA-Ergebnis auch bei der ÖGB-Spitze groß sein.

Arbeitszeitverkürzung: Seit 40 Jahren nichts Neues!

Flexibel bis zum Umfallen...

von Claudia Sorger, SLP Wien

Zum ersten Mal seit langem verzichtete die Unternehmenseite bei der Herbstlohnrunde auf eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Kein Wunder! In Österreich ist diese bereits derart flexibel geregelt, dass kaum noch Bedarf dafür besteht. In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften einen Kniefall nach dem anderen gemacht. Einschneidend war die Novelle zum Arbeitsruhegesetz 1997, mit der die Sonn- und Feiertagsarbeit liberalisiert wurde. In der Novelle 2007 wurden Möglichkeiten zu einer Verlängerung der täglichen Normalarbeitszeit auf zehn, der täglichen Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden und einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit „in besonderen Fällen“ auf 60 Stunden für insgesamt fast ein halbes Jahr geschaffen. Außerdem wurde die Zulässigkeit von zwölf Stunden Schichten als Normalarbeitszeit eingeführt. Und tatsächlich gehören die österreichischen ArbeitnehmerInnen zu den flexibelsten in der gesamten EU mit Spitzenwerten bei Teilzeitbeschäftigten und Überstunden. 2010 leistete mehr als ein Fünftel der Unselbständigen durchschnittlich 8,2 Überstunden pro Woche.

Flexibilisierung sichert Arbeitsplätze?

Das behaupten die UnternehmervertreterInnen. Tatsächlich kam es zu einer Zunahme von prekären Jobs und einer Reduktion der Vollzeitstellen. Wer profitiert, sind die Unternehmen, wenn sie die Arbeitskräfte je nach Auftragslage einsetzen können, ohne Zuschläge für Überstunden zu bezahlen oder in auftragsstarken Zeiten zusätzliches Personal einzustellen.

Dass die Gewerkschaften im Vorfeld der Herbstlohnrunde seit langem wieder einmal über die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung gesprochen haben, ist positiv. Darüber hinaus ist leider nichts passiert. Es ist mittlerweile 40 Jahre her, dass die gesetzliche wöchentliche Arbeitszeit von 45 Stunden auf 40 Stunden reduziert wurde. Die in vielen Branchen kollektivvertraglich festgelegten 38,5 Stunden sind seit 25 Jahren unverändert. Es braucht eine Bewegung von ArbeitnehmerInnen, die Druck auf die Gewerkschaftsspitze ausübt und für eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und einen Mindestlohn von 1.200,- netto kämpft – für mehr Jobs und für mehr Zeit zum Leben.

“Trotz aller Repression gibt es zahlreiche Kämpfe”

Interview mit einem Unterstützer des CWI in China

Die Arbeitsbedingungen in China sind katastrophal. Gibt es Proteste?

Grad mal 3% gehören zur Mittelschicht und nur 0,4% kontrollieren 70% des Vermögens. Die Kluft zwischen arm und reich ist in den letzten 30 Jahren extrem gestiegen. Der größte Teil der ArbeiterInnen sind WanderarbeiterInnen – sie kriegen keine Sozialleistungen, nicht mal die wenigen, die es gibt. Sie dürfen nur in den Sonderwirtschaftszonen leben. Das freut die Unternehmen, weil sie extrem abhängig und ausbeutbar sind. Die offizielle Gewerkschaft tut nichts und es ist verboten, eigene, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Die ArbeiterInnen müssen 10-12 Stunden pro Tag arbeiten. Pro Monat haben sie einen, bestenfalls zwei Tage frei. Obwohl es illegal ist, gibt es Widerstand. Bis 1982 gab es zumindest in der Verfassung – d.h. auf dem Papier – das Recht zu streiken, aber das wurde abgeschafft. Gegen Streiks nützen die Unternehmen die regionale Polizei, die häufigen Betriebsbesetzungen werden brutal von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten angegriffen. Aber es gibt trotz all dieser Repression Kämpfe. Im Sommer 2010 gab es eine Streikwelle. In vier Fabriken von Honda haben ca. 8.000 ArbeiterInnen zwei Wochen lang gestreikt – sie forderten Lohnerhöhungen und das Recht, ihre GewerkschaftsvertreterInnen im Betrieb selbst zu wählen (normalerweise sind sie Teil des Managements, häufig die Personalchefs). Dieser Streik war ein Signal und es kam in einer Reihe anderer Betriebe zu einer Streikserie. Die Regierung hatte Panik, dass eine Massenbewegung losbrechen könnte und musste einige Zugeständnisse machen. Sie hat Druck auf die Unternehmen gemacht, die Löhne zu erhöhen – dafür haben diese Zuckerln von der Regierung gekriegt, es hat sie also nichts gekostet. Bezüglich

der Gewerkschaft war die Regierung voll auf Linie der Unternehmen – also gegen demokratische Gewerkschaften. Die Lohnerhöhungen sind allerdings von der hohen Inflation schon wieder aufgeessen

Welche Forderungen sind zur Zeit wichtig?

Das sind unabhängige Basisgewerkschaften und grundlegende demokratische Rechte – Pressefreiheit, das Recht sich zu organisieren. Und das Ende des Einparteiensystems. Die ArbeiterInnen brauchen ihre eigene politische Vertretung. Demokratische Rechte und soziale Rechte – das ist untrennbar verbunden und es braucht die ArbeiterInnenklasse um demokratische Rechte zu erkämpfen. Weder die ausländischen noch die chinesischen KapitalistInnen haben Interesse an Demokratie. Die „Kommunistische“ Partei ist real ein Gegner der ArbeiterInnenklasse und der Armen. Natürlich gibt es gerade unter Jugendlichen Hoffnungen und Illusionen in den Kapitalismus. Aber ich schätze, dass 20-30 % der Jugendlichen sich für linke, für sozialistische Ideen interessieren. Kaum jemand hofft dabei auf die KP, das ist vorbei. Viele wollen was anderes, neues. Es gibt verschiedene linke Ideen in China – aber es sind v.a. Debatten im Internet. Denn die Repression ist enorm. Es gibt viele MaoistInnen, aber nicht in der KP. Es gibt aber auch andere, z.B. trotzkistische Ideen. Aber man kann sich das nicht wie in Europa vorstellen, mit Organisationen. Jede politische Arbeit ist natürlich illegal, unter enormer Gefahr und Bedrohung. Für einen kritischen Artikel schicken sie einen unter dem Vorwurf „Verrat von Staatsgeheimnissen“ für ein paar Jahre ins Gefängnis. Die Repression ist enorm – aber das hält die Menschen nicht davon ab, sich zu wehren.

“EZB und EU kommen nicht als Freunde des irischen Volkes”

Interview mit Joe Higgins, Abgeordneter zum Europäischen Parlament für die Socialist Party (CWI-Irland)

Was sind die Gründe für die aktuelle Krise in Irland und welche Auswirkungen hat sie?

Von 1997 bis 2007 haben wir in Irland massive Spekulationen und Profite bei Immobilien gesehen. Die Preise von einfachen Wohnungen stiegen um bis zu 400%. Junge ArbeitnehmerInnen mussten sich massiv verschulden. Das bedeutete natürlich riesige Profite für die Bauindustrie und Banken. Internationale Spekulanten haben massiv investiert, aber auch irische Banken waren daran beteiligt. Sie dachten, dass das Spekulationswunder ewig anhält, aber es war klar, dass die Blase platzen muss. Das war dann auch so. In Folge hatten wir Milliarden an faulen Krediten. Internationale Spekulanten hatten alleine 10 Mrd. an faulen Krediten bei den Bank of Ireland liegen. Von der Regierung und den Medien bis hin zu rechten Ökonomen sind alle der Meinung, dass die ArbeiterInnenklasse zahlen muss und dass die Banken und Spekulanten nicht um ihre Kredite umfallen sollen. Europäische Zentralbank und EU kommen nicht als „Freunde des irischen Volkes“. Im Interesse der EU ist alleine die Sicherung der Profite für Banken und Spekulanten. Dafür sollen die einfachen Leute bezahlen, und zwar mit Kürzungen bei ihrem Lebensstandard und bei öffentlichen Dienstleistungen.

Wie ist die Stimmung in Irland?

Die enorme Wut der ArbeitnehmerInnen ist schon vor einem Jahr deutlich geworden, als bei einem eintägigen Streik im öffentlichen Dienst 250.000 Menschen in Dublin gegen eine 15%

Gehaltskürzung demonstrierten. Am 27. November haben ca. 70.000 auf den Straßen von Dublin demonstriert. Am 7. Dezember gab es vor dem Parlament Proteste gegen die Budgetabstimmung, in der alle Kürzungen beschlossen wurden. Aktuell ist das größte Problem für die irische ArbeiterInnenklasse die Gewerkschaftsführung, die die Argumente der Regierung für Kürzungen akzeptiert. Sie stellt keine Führung in der Massenmobilisierung dar. Wir von der Socialist Party sagen, dass die ArbeiterInnen ihre Macht nützen müssen, um die Angriffe zurückzuschlagen. Wir schlagen einen 24-stündigen Generalstreik als ersten Schritt vor.

Anfang 2011 wird es Wahlen geben. Gibt es eine Alternative für ArbeiterInnen und Jugendliche?

Die Socialist Party tritt gemeinsam mit anderen linken Gruppen in der United Left Alliance an. Wir haben ein klares linkes Programm, das die Grundlage für eine neue Alternative für ArbeiterInnen bei den Wahlen sein kann. Es gibt eine reale Chance, dass bis zu sechs KandidatInnen ins Parlament gewählt werden. Das würde die Grundlage für den Aufbau einer grundlegenden Opposition im Parlament legen. Die zukünftige Regierung wird voraussichtlich mindestens eine der aktuellen Oppositionsparteien, Labor oder Fianna Gail, beinhalten. Die werden aber weiter die gleiche Politik betreiben, wie die jetzige Regierung. Darum ist es notwendig, nicht nur im Parlament Opposition zu organisieren, sondern vor allem auf der Straße und die Positionen im Parlament auch dafür zu nutzen.



Klassenkämpfe, Jugendrevolten

DIE ACHSE

Vom 2.-9.12.2010 fand im belgischen Nieuwpoort der 10. Weltachse (CWI) statt. 120 Delegierte und Gäste aus über 30 Ländern nahen an der tiefsten Krise seit den 1930er Jahren und Massenprotesten teil. Berichte von Jan Rybak, Michael Gehmacher und Sonja Grunwald

Gerade noch hatten die Herrschenden begeistert den „Aufschwung“ bejubelt, da folgte das böse Erwachen. Der Zusammenbruch des irischen Kartenhauses hat deutlich gemacht, dass die Krise nicht vorbei ist. Dass noch viele (Finanz- und Schulden)Leichen in den Kellern der Banken und Unternehmen liegen. Und dass weiterhin versucht wird, die Kosten der Krise auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen. Um 20-25 % wird der Lebensstandard der irischen Bevölkerung fallen, wenn die Regierung ihre Pläne durchbringt. Auch in den USA sind für 2011 Kürzungen nicht nur auf Bundesebene, sondern im Umfang von rund 20% auch auf Ebene der einzelnen Bundesstaaten geplant – mit allen sozialen Konsequenzen.

Tatsächlich kann von einem Aufschwung nicht die Rede sein. Selbst die besten Prognosen gehen von einem mageren Wachstum von rund 1,5% aus. Der Sozial- und Stellenabbau geht weiter, die Verluste, die die ArbeiterInnenklasse 2008-10 hinnehmen musste, werden durch den schwachen „Aufschwung“ nicht wett gemacht. Im Gegenteil geht der Raubbau weiter. Die wirtschaftlichen Konzepte der Bourgeoisie unterscheiden sich. Der eine Teil setzt auf weitere staatliche Rettungspakete national und international, die bei einer Fortsetzung der Zahlungsschwierigkeiten von Griechenland, Irland, Spanien, Portugal etc. aus ihrer Sicht nötig werden. Der andere Teil will rasch die Sparschrauben ansetzen, um die Schuldenlast zu reduzieren. Beide haben aus kapitalistischer Sicht recht, beide können aber keine Lösungen anbieten sondern nur durch ihre Maßnahmen neue Probleme anhäufen. Denn die Grundlage der Krise liegt nicht in einer falschen Wirtschaftspolitik im Rahmen des Kapitalismus, sondern in der systemimmanenten Überakkumulationskrise. Seit den 1980er Jahren wird profitables Investieren immer schwerer, weshalb das Kapital in Spekulation und die Finanzmärkte ausgewichen ist. So sind die riesigen Spekulationsblasen entstanden. Das Platzen dieser Blasen hat die aktuelle Krise ausgelöst, ist aber nicht ihre Ursache. Schon entstehen neue Blasen, wie z.B. in China,

von dem sich viele eine Rettung der Weltwirtschaft erhoffen. Die chinesische Wirtschaft konnte zwar durch die starke Nachfrage manche Einbrüche abfangen, hat aber tatsächlich die weltweite Überproduktion weiter erhöht. Sie sieht sich im eigenen Land mit einer wachsenden und zunehmend gefährlichen Immobilienblase konfrontiert, die dazu geführt hat, dass 46 Millionen Wohnungen in China aus Spekulationsgründen leer stehen. Der vermeintliche Retter könnte also selbst zum Stein am Hals der Weltwirtschaft werden.

Der Ritt auf dem Vulkan

Die Versuche, durch Lohnkürzungen, Sozial- und Stellenabbau die Kosten der Krise abzuwälzen, werden mit einer Welle von Protesten beantwortet. Wütende Jugendrevolten wie in Britannien gegen die Verdreifachung der Studiengebühren ebenso wie die wilden Streiks der spanischen Fluglotsen und die Massenstreiks in Indien (100 Millionen) und Griechenland (sieben Generalstreiks in einem Jahr) haben die herrschende Klasse in Schrecken versetzt. Bei den Protesten in Frankreich gegen die geplante Verlängerung des Pensionsantrittsalters wehte ein „Hauch von '68“ durch die Luft. Die Wut über „die da oben“ nimmt zu und findet unterschiedlichste Ausdrucksformen. Nicht immer sind es „klassische“ Arbeitskämpfe durch die sich der Unmut ausdrückt. Auch die monatelangen Massenproteste gegen Stuttgart 21 in Deutschland sind Ausdruck für den Wunsch und die Bereitschaft, sich zu wehren.

Die Bewegungen sind großartig und sie zeigen, dass allen Unkenrufen zum Trotz die ArbeiterInnenklasse lebendig, aktiv und kampfbereit ist. Aber es gibt auch Schwächen, die es den Herrschenden ermöglichen, sich noch im Sattel zu halten: die Kämpfe werden jeder für sich geführt, sie sind nicht zusammengeschlossen, insbesondere die Spaltung zwischen ArbeiterInnen unterschiedlicher Nationalität bzw. zwischen verschiedenen Ländern schwächt. Die Gewerkschaften bremsen die Bewegung oder sind im besten Fall hilflos, anstatt eine kämpferische



und sozialistische Alternative: DES GUTEN

Weltkongress des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale von allen Kontinenten diskutierten vor dem Hintergrund von ArbeiterInnen und Jugendlichen.

Führung zu stellen. Die Klasse „an sich“, wie Marx es ausgedrückt hat, ist existent – aber es fehlt an Bewusstsein darüber, gemeinsame Interessen zu haben und gemeinsam viel erreichen zu können. Dieses fehlende Bewusstsein ist das Ergebnis der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie in den 1990er Jahren und dem Fehlen von starken sozialistischen ArbeiterInnenparteien. Doch Bewusstsein ist nichts starres – es entwickelt sich in den aktuellen Kämpfen und Bewegungen und genau das ist es, vor dem sich die Herrschenden fürchten.

Das Imperium schlägt zurück

Diese Angst führt dazu, dass die Regierungen zwischen Angriffen auf unseren Lebensstandard und Zugeständnissen schwanken. Und dass es zu einem Ausbau der „staatlichen Repressionsapparate“ (Polizei, Militär, Überwachung) kommt. Streikverbote, Klagen und Verhaftungen von GewerkschafterInnen, Überwachung und Verfolgung von politischen AktivistInnen, bis hin zu protestierenden SchülerInnen. Das ist die Politik der Herrschenden in ihrem Bestreben, an der Macht zu bleiben. Ergänzt wird diese Aufrüstungspolitik durch die Notwendigkeit der einzelnen kapitalistischen Staaten, untereinander um Einfluss und Märkte in einer krisengeschüttelten Welt zu konkurrieren – was nicht immer nur mit Worten, sondern vermehrt auch mit Gewalt erfolgen wird.

Keine Atempause – Geschichte wird gemacht

Mitglieder des CWI sind aktiver Teil der Proteste und beteiligen sich an der Debatte über „wie weiter“ und „wohin wollen wir eigentlich“. Die griechische Sektion des CWI fordert, dass die Schulden nicht bezahlt und die Banken verstaatlicht werden. So kann der Ruf „Wir zahlen eure Krise nicht“ konkret umgesetzt werden. Bei Protesten stellt sich auch immer die Frage nach der politischen Alternative. Wird eine Regierung und ihre Politik gestürzt – was kommt dann? Mitglieder des CWI sind aktiv beim Aufbau von neuen politischen Formationen, von

Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, wie in Italien, wo es nach dem Niedergang der PRC nun rund um die Metallergewerkschaft Fiom Diskussionen über die Notwendigkeit einer politischen Vertretung der ArbeiterInnenklasse gibt. Mitglieder des CWI beteiligen sich nicht am „kleineren Übel“ – so wird in den USA Obama und seine unsoziale Politik nicht unterstützt, obwohl die Rechten sich rund um die Tea Party Bewegung bei den Republikanern formieren. Stattdessen ist auch hier die Notwendigkeit einer ArbeiterInnenpartei zentral. Wo immer das CWI aktiv ist, wird deutlich gemacht, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, eine menschenwürdige Zukunft zu gewährleisten. Die Beteiligung an Kämpfen gegen Verschlechterungen, gegen Rassismus oder nationalen Chauvinismus wie z.B. in Sri Lanka ist immer verbunden mit dem Kampf für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft. Der 10. Weltkongress des CWI hat an einem Wendepunkt in der Geschichte stattgefunden und die Grundlage dafür gelegt, dass wir diese Geschichte aktiv mitgestalten werden

Welt in Aufruhr

151 Seiten, DIN A5
EUR 6,- exkl. Porto

Jetzt auf
www.slp.at
bestellen!

Im Mittelpunkt des 10. Weltkongresses des CWI standen die anhaltende tiefe Krise des Kapitalismus weltweit und die neue Welle von Massenprotesten, die vor allem mehrere Länder Europas erfasst hat. Die Arbeiterklasse, so die Analyse des Kongresses, hat die Bühne der Geschichte erneut betreten. Wir veröffentlichen Berichte und die auf dem Kongress beschlossenen Dokumente.



Lateinamerika: Zurück zur Abhängigkeit früherer Zeiten?

Ende der 1990er Jahre gab es in Lateinamerika sowohl Wirtschaftskrisen als auch Aufstände und eine Radikalisierung der Massen. Diese Radikalität wurde aber auf die Wahlebene gelenkt und hat fortschrittliche Regierungen an die Macht gebracht, wie Morales (Bolivien) oder Kirchner (Argentinien).

Krise abgefedert – Abhängigkeit erhöht

Die Wirtschaftskrise hat ab 2008 auch Lateinamerika getroffen. Einige Staaten wie Venezuela oder auch Kuba sind mit massiven Problemen konfrontiert. Insgesamt konnten die Auswirkungen aber abgefedert werden. Basis dafür sind staatliche Investitionsprogramme und eine Rückentwicklung zum Rohstoffexporteur. Waren 1999 Rohstoffe für 26,7% der Verkäufe des Kontinents verantwortlich, stieg der Anteil 2009 auf 38,8%. Besonders China hat durch seinen Hunger nach Rohstoffen seine Rolle ausgebaut. Doch die De-Industrialisierung und wachsende Exportabhängigkeit macht die Wirtschaft verwundbar.

„Lula agiert als Feuerwehr für den Kapitalismus“

André Ferrari, CWI-Brasilien

Lula als Feuerwehr für den Kapitalismus

Der Weg von Lula & Co ist nur vermeintlich eine Lösung. Die Illusionen, die es in den „Lulaismus“ gibt, der Versuch, einen unabhängigen lateinamerikanischen kapitalistischen Weg zu gehen, sind zum Scheitern verurteilt. Für 2011 sind in Brasilien Kürzungen im öffentlichen Dienst sowie Privatisierungen angekündigt. Brasilien spielt eine regional-imperialistische Rolle. Auch militärisch wird versucht, die Vorherrschaft der USA zu schwächen, z.B. übernimmt Brasilien die Leitung der UNO-Truppen in Haiti. Doch von der Stärkung der nationalen Wirtschaft und der dazugehörigen kapitalistischen Klasse profitieren nicht die ArbeiterInnen und Armen. Im Gegenteil versucht die Regierung auch die Staatsgewalt nach innen auszubauen (im vermeintlichen Kampf gegen die Drogenbosse), um gegen kommende soziale Proteste gerüstet zu sein. Die verschiedenen Regierungen in Lateinamerika konnten sich zwar mit ihren Stabilitätspaketen auch politische Stabilität erkaufen. Doch sie haben keine Probleme

gelöst, sondern durch die wachsende Abhängigkeit von Rohstoffexporten und einer wachsenden Verschuldung die Basis für Neue gelegt. Es gibt auch Proteste gegen die in der Praxis dann doch neoliberale Politik.

Die Grenzen von Chavez' Modell

Auch in Venezuela nehmen die Proteste von ArbeiterInnen gegen Kürzungspolitik und die Repression durch das Regime Chavez zu. 2009-10 gab es über 6000 Proteste und Streiks. Die Welle von Angriffen und die Ermordung von GewerkschaftsaktivistInnen zeigt den Grad der Bürokratisierung des Regimes. Denn auch die sozialen Verbesserungen, die mit Chavez verbunden sind, sind durch den Rückgang der Öleinnahmen, die die Stütze der extrem exportabhängigen Wirtschaft sind, gefährdet. Die Wirtschaft hat zwei Jahre einer realen Schrumpfung hinter sich. Und die Verstaatlichungen haben im wesentlichen die Privatisierungen der 1990er Jahren wett gemacht und Unternehmen betroffen, die ohnehin bankrott waren. Auch hat die staatliche Übernahme nicht zu Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen geführt, im Gegenteil.

Konflikte in der kubanischen Führung

Die wirtschaftlichen Probleme in Kuba drücken sich in verstärkten Konflikten in der Bürokratie aus. Für den Parteitag der KP im Mai 2011 wurde ein Dokument ausgearbeitet, das kapitalistische „Reformen“ vorsieht. Außerdem ist die Entlassung von bis zu einer Million öffentlich Bediensteter geplant. Die Zulassung von Kleinunternehmen mit Angestellten und die Massenentlassungen werden eine ganze Schicht zwingen, KleinunternehmerInnen zu werden bzw. für diese zu arbeiten. Auch wenn die Führung um Raoul Castro nicht die Restauration des Kapitalismus plant (auch weil damit ihre eigene Zukunft unsicher wäre), so kann die Entwicklung doch eine Dynamik auslösen, die sie überrollt. Die Illusionen in Lula und sein Modell sowie die Rückschläge mancher linker Projekte wie der PSOL in Brasilien sind verkomplizierende Faktoren für SozialistInnen in Lateinamerika. Dennoch konnte das CWI seine Präsenz ausdehnen und ist nun in Brasilien, Chile, Venezuela, Bolivien und Argentinien vertreten. Die derzeitige relative politische Stabilität auf dem Kontinent ist vorübergehend und es stehen neue große Kämpfe bevor.

Afrika: Sozialismus oder Barbarei!

Auf keine Region der Welt passt diese Einschätzung der Zukunft von Rosa Luxemburg wie auf Afrika. Die imperialistischen Eliten der USA, Frankreichs, Englands und Chinas kämpfen um wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Sie rüsten regionale Gruppen und einzelne Nationalitäten wirtschaftlich und militärisch auf. Was in westlichen Medien als „Bürgerkriege“ oder mit rassistischem Unterton als „Stammeskonflikte“ verkauft wird, sind Stellvertreterkriege für imperialistische Staaten um Einfluss, Rohstoffe und Gebiete. Während der Imperialismus für die Barbarei verantwortlich ist, kämpfen Millionen Menschen in Afrika für ein menschenwürdiges Leben in Frieden. Dieser Widerstand wird von westlichen Medien ignoriert. Das CWI hat in Nigeria und Südafrika Sektionen. Im reichsten Land Afrikas wurden die Hoffnungen in das Ende der Apartheid bitter enttäuscht. Die Wirtschaftskrise hat die soziale Katastrophe weiter verschärft. Gleich nach dem Machtantritt Jacob Zumas kam es zu großen sozialen Protesten – trotz Fußball-WM. Seit August 2009 kämpfen über 4000 Minenarbeiter der Rustenburg Mine für höhere Löhne. Streiks, eine Besetzung der Mine und heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei stehen auf der Tagesordnung. Mindestens drei Bergleute sind in Kämpfen mit der Polizei erschossen worden!

Im Sommer 2010 streikten 1,3 Millionen öffentlich Bedienstete – v.a. KrankenpflegerInnen und LehrerInnen. Im Oktober 2010 folgte die erste dauerhafte Fabriksbesetzung seit den 1980er Jahren. Ein Fabrik zur Großerzeugung von Bergbaumaschinen (die „Mine Line/TAP-Engineering“ nahe Soweto) wurde von den ArbeiterInnen besetzt und seither von ihnen kontrolliert. Sie fordern eine Weiterführung der Fabrik unter Kontrolle der Beschäftigten. Sowohl bei den Minenarbeitern als auch bei der Fabriksbesetzung macht die Gewerkschaft „Metal and Electrical Workers Union of South Africa“ (MEWUSA) den wichtigen Unterschied. In der MEWUSA spielen Mitglieder der DSM (Democratic Socialist Movement – CWI Südafrika) eine wichtige Rolle.

Liv Shange von der DSM beschreibt die Entwicklung in Südafrika: „Der Streik im öffentlichen Dienst hat eine große Klassenpolarisierung gebracht. Er war ein absoluter Attraktionspool. Tausende ArbeiterInnen und Jugendliche wurden wacherüttelt. Es ist eine Situation entstanden, in der wir eine Suche von vielen Menschen nach politischen Alternativen sehen. Es geht um eine Erneuerung der revolutionären Bewegung. Viele wollten weiter kämpfen und endlich die Ziele des Kampfes gegen das Apartheidregime erreichen.“

“Militant” – Musik für den Widerstand

Holger Burner muss nicht mehr beweisen, dass er einer der besten linken Rapper im deutschsprachigen Raum ist. Er tut es auf seinem dritten Album trotzdem einmal mehr – und das ist sehr gut so.



“Militant” heißt das 3. Album von Holger Burner, das am 26.2.2011 erscheint, und der Name ist Programm. Die 19 Tracks beinhalten gebündelten Widerstand. Genau das Richtige gegen die kapitalistische Krise und die erstarrte Rechte. Sie alle kriegen ihr Fett ab und die Texte knüpfen an der Tagespolitik an: Die steigende Polizeibrutalität rund um Stuttgart 21 oder die Castor-Proteste findet sich in vielen Tracks wieder. Prügelpolizisten wird zum Beispiel in “Hey Polizeimann” auf Reggae-Beat die Meinung gezeugt: “Keiner, den ich kenne, hat Respekt vor deiner Uniform”.

Den BankerInnen und ManagerInnen, die sich sogar noch in der Krise bereicherten, wird der Marsch geblasen. Auf welcher Seite der Barrikade Burner steht, wird besonders in “Klasse” und “Riese” klar. Sie behandeln die katastrophale Situation der ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus, aber auch ihr Potential, das System zu stürzen. Wer die oft totgeglaubte ArbeiterInnenklasse ist, macht er in “Klasse” klar: Nämlich alles vom Call-Center Agent über die Sozialarbeiterin bis zum Hausmeister in “Scrubs”. Gleichzeitig solidarisiert er sich in “Riese” mit den Arbeitskämpfen in Griechenland und Frankreich.

“Generation Krise” beschreibt die Frustration und die Wut der Jugendlichen, denen der Kapitalismus Zukunft und Bildung nimmt und sie dafür mit “Wahlrecht” bei Casting-Shows und Wodka abspeisen will. In “Halt dein Maul” greift Holger Burner den Afghanistan-Einsatz der deutschen Bundeswehr und den deutschen Nationalismus frontal an. Natürlich wird auch

der angepasste Mainstream-Rap auf Korn genommen, so bläst “Rapvolution” zum Angriff gegen sexistische und homophobe Rapper. Musikalisch hat sich Burner seit “Klassenkampf” extrem weiterentwickelt, die vielen Gastauftritte verschiedener anderer Rapper machen das Album über die ganze Länge abwechslungsreich.

Pflicht auf jeder Demo

Ein Highlight des neuen Albums ist definitiv “Lautsprecherwagen”. Selten wurde Demo-Feeling so gut auf den Punkt gebracht, ein absolutes Muss auf jeder Demo, besonders wenn die Polizei mal wieder die Prügel auspackt. “Fluchtursachen” passt ausgezeichnet zum Widerstand gegen Abschiebungen, der hierzulande wächst. Im Refrain heißt es passenderweise: “Free Movement is everybody’s right / Bleiberecht für Alle, überall, jederzeit!”

“Militant” ist aber nicht nur der Name des Albums. Holger Burner ist Mitglied der SAV, der deutschen Schwesterorganisation der SLP. Beide Organisationen sind Teil des Committee for a Workers International (CWI), das heute in über 40 Ländern gegen den Kapitalismus kämpft. Wichtiger Teil des CWI war von Anfang an die “Militant Tendency”. Das waren revolutionäre MarxistInnen, die für eine Zeit in der englischen Sozialdemokratie arbeiteten. Der Name des Albums ist also nicht zufällig gewählt und auch ein Aufruf, sich beim CWI zu organisieren, um dem kapitalistischen Wahnsinn organisiert entgegenzutreten. Mit jeder Menge Bass.

Auch bei Kälte stets aktiv!

von Karin Wottawa, SLP Wien

Trotz Eis und Schnee – die AktivistInnen der SLP haben sich in den letzten zwei Monaten an jeder Menge Protesten und Kampagnen beteiligt bzw. diese angeführt. In Gmunden hat die SLP eine junge, aktive Ortsgruppe, die eine Kampagne gegen ein Hotelbauprojekt führt, dass einen negativen Umweltbescheid hat, ein finanzielles Desaster sein wird und den letzten öffentlichen Badeplatz in Gmunden schluckt. Die SLP-Gmunden organisierte mit anderen AktivistInnen die erste Demo seit mehr als 60 Jahren und erhielt viel positive Resonanz. Vicky und Matthias haben sich aktiv an der Kampagne beteiligt und sind dabei der SLP beigetreten.

Nicht weit entfernt in OÖ beteiligten sich SLPlerInnen an den Protesten der

MitarbeiterInnen psychosozialer Einrichtungen. Sie kämpften gemeinsam mit den Beschäftigten gegen Kürzungsmaßnahmen und Einkommensverluste und gegen eine bremsende Gewerkschaft. Proteste gegen das Kürzungspaket gab es auch in Wien. Und das trotz des Versuchs der Spaltung der Bevölkerung und einer Salamtaktik der Regierung, was Kürzungen betrifft. Am 27.11. fand eine Großdemo mit einem dynamischen und lautstarken SLP-Block statt. Mit unserem Transparent „Geld für Bildung und Soziales, statt für Banken“ machten wir klar, dass die allgemeine „Sparlogik“ an sich schon falsch ist. Es fehlt ja nicht am Geld!

Im Dezember 2010 fanden das erste Mal die „Kritische Literaturtage“ statt, bei denen sich die SLP mit einem sehr erfolgreichen Büchertisch beteiligte. Der



Gegen “McDonald’s” oder Kapitalismus kämpfen?

von Samuel, Cori und Jan

Viele Jugendliche gehen nicht zu McDonalds oder Kleider Bauer, weil diese Konzerne ihre Angestellten ausbeuten, die Umwelt ruinieren, Tiere quälen usw. Dass viele mit Hilfe eines Boykotts Konzernen den Krieg ansagen, zeigt, dass sie sich über die Ungerechtigkeiten in diesem System bewusst sind. Aber kann ich als einzelneR denn überhaupt etwas ausrichten?

Sind “KFC” oder “Burger King” besser als Mc Donalds? Nein. Der Kleiderkonzern Kik muss, um die Ware so billig zu verkaufen, billig produzieren und das geht nur durch extreme Ausbeutung. Aber “H&M” und andere Marken setzen ebenfalls auf schlechte Löhne und Bedingungen, um so Profit zu erwirtschaften. Auch in einem Edellokal verdienen Lehrlinge erbärmlich wenig und Ausbeutung gibt es nicht nur im Großkonzern, sondern auch bei „alternativen“ Labels. Manche Unternehmen sind brutaler, manche weniger, aber jedes Unternehmen muss sich im Kapitalismus an die Regeln halten, also Mensch und Natur ausbeuten.

Macht der KonsumentInnen?

Ständig wird behauptet, wir hätten durch unser Kaufverhalten die Möglichkeit, das System zu ändern. „Kauf halt Fair Trade!“ Abgesehen davon, dass Fair Trade-Produkte in vielen Fällen an der systemischen Abhängigkeit von KleinbäuerInnen von GroßgrundbesitzerInnen nichts ändern: In der Praxis sind viele Menschen finanziell dazu gezwungen, bei KIK zu kaufen. “Öko” und “Bio” oder auch die teureren Fair-Trade Produkte, von denen sich inzwischen Billa & Co. ein nettes Zusatzeinkommen erwarten kann sich nicht jedeR leisten. Tatsächlich gibt’s also kaum eine Entscheidungsfreiheit und der Konsumboykott ist für Viele nicht leistbar

und damit auch kein wirksames Mittel.

Organisierter Widerstand statt individuellem Boykott

Es gibt Fälle von erfolgreichen Boykottkampagnen, wie bei Shell etc. Diese haben in Einzelfällen und anlassbezogen kurzfristig auch Erfolge gebracht. Das sind aber keine Boykottmaßnahmen von einzelnen, sondern im großen und organisierten Maßstab. Und sie haben nur punktuell, aber nicht grundsätzlich Änderungen gebracht. Boykottiere ich Shell, kauf ich mein Benzin woanders – an der Ausbeutung durch die Erdölkonzerne ändert das nichts.

Nur wenn auch von innen, also von den Angestellten selbst, Widerstand kommt, kann sich grundsätzlich was ändern! Ein Streik bei einem Konzern kann durch einen organisierten Boykott zum Beispiel unterstützt werden, um den Druck auf den Konzern zu erhöhen. Es nützt den streikenden TextilarbeiterInnen in Bangladesh nicht, wenn ich individuell nicht bei Kik kaufe. Sinnvoll ist eine Kampagne, bei der österreichische Gewerkschaften die KollegInnen vor Ort aktiv unterstützen und hier in Österreich vor Kik-Filialen Proteste organisiert werden, wo auf die miesen Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in z.B. Bangladesh und Österreich hingewiesen wird.

Es reicht nicht, nur gegen die Spieler des Systems zu kämpfen. Das System selbst muss angegriffen werden, in dem Profitinteressen vor den Interessen der Menschen und des Planeten stehen. Wenn wir den Kapitalismus durch eine freie Gesellschaft, in der die Wirtschaft demokratisch geplant wird, ersetzen, können wir nachhaltig dafür sorgen, dass es uns und dem Planeten gut geht. Es reicht nicht nur unseren “Lifestyle” zu ändern, wir müssen die Gesellschaft ändern!

wegungen in den einzelnen Ländern, wie Griechenland und Portugal. Thema war auch die internationale Solidarität für CWI-AktivistInnen, die massiven Repressionen ausgesetzt sind, wie in Kasachstan oder Russland. Wir konnten auch ein neues Mitglied, Lisa, gewinnen, die nicht zuletzt wegen unserer entschlossenen und erfolgreichen Kampagne rund um das Thema Abschiebungen (siehe Rückseite) zu uns gestoßen ist. Überhaupt haben wir bei den Aktionen vor Weihnachten viele Jugendliche kennengelernt, die wütend über die geltenden Asylgesetze sind und ihren Protest an der Gesellschaft dadurch ausdrücken wollen. Für die nächsten Wochen und Monate planen wir die Kampagne gegen Abschiebungen weiter zu führen und sehen das Brodeln im Sozialbereich als Vorboten für ein „heißes Frühjahr“.

DIE SLP-TREFFPUNKTE

GMUNDEN

jeweils Freitag, 17.00 Uhr,
“Wiener Café”, Esplanade Gmunden

GRAZ

nicht regelmäßig, Infos: 0650/6379142

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
“Alte Welt”, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG-STADT

jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
“Shakespeare”, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

SLP-SchülerInnen-Gruppe
Jeden Montag um 18.30
“Amerlinghaus”
7.; Stif. 8

SLP-Ortsgruppe
Jeden Mittwoch um 19.00
“Pizzeria La Piazza”
20.; Gaussplatz 7

SLP-Ortsgruppe
Jeden Mittwoch um 19.00
“Pizzeria Valentino”
9.; Bergg. 6

SLP-Ortsgruppe
Jeden Donnerstag um 19.00
“Gasthaus Zypresse”
7.; Westbahnstr./Kaiserstr.

SLP-Nachmittags-Ortsgruppe
Jeden Freitag um 13.30
“Pizzeria La Piazza”
20.; Gaussplatz 7

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
“Abo” nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,– pro Monat gibt’s alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein “All-Inclusive-Abo” eben. Einfach einzahlen auf

PSK 8812.733



Neues aus dem CWI

von Georg Kummer, SLP Wien

Stephen Jolly wiedergewählt

AUSTRALIEN – In Victoria, dem zweit bevölkerungsreichsten Bundesstaat Australiens, fanden am 27. November 2010 Wahlen statt. Die regierende Labor Party wurde schwer abgestraft und durch eine andere Partei des Big Business (Liberal Party) ersetzt. Das Ergebnis drückt nicht den Wunsch der Menschen nach neoliberaler Politik aus, sondern ist vielmehr ein Ergebnis des Fehlens einer Massenpartei mit sozialistischem Programm. Dass mit einem entsprechenden Programm auch eine im Vergleich mit den etablierten Parteien winzige (und finanzschwache) Organisation Erfolge erzielen kann, zeigte die Socialist Party (CWI-Australien). In der Region Richmond kandidierte Stephen Jolly für die Socialist Party. Sein Stimmanteil hat sich im Vergleich zu den letzten Wahlen von 2006 von 5,6% auf 9,6% nahezu verdoppelt. Darüber hinaus kann sich die SP im Staat Victoria über einen weiteren Bezirksrat, Anthony Main, freuen. Die Kampagne der Socialist Party hat gezeigt, dass sozialistische Ideen und Konzepte viele Menschen überzeugen können, wenn sie mit den konkreten Problemen, die es im Land gibt, verbunden werden.

Selbstorganisation statt Bevormundung

PAKISTAN – Die verheerende Flutkatastrophe, die sich in Pakistan im Juli/August 2010 ereignete, ist aus der medialen Berichterstattung nahezu verschwunden, obwohl es sich um eine der größten Katastrophen der letzten Jahrzehnte handelt. Zahlreich NGOs sind vor Ort aktiv, jedoch ohne die Betroffenen in Entscheidungen, wo und wie geholfen wird, mit einzubeziehen. Ein anderes Konzept verfolgt das Socialist Movement Pakistan (CWI-Pakistan). Unsere GenossInnen sind Teil des Workers' Relief Committees (WRC), einer Organisation, die sich in von der Flut betroffenen Regionen engagiert. Für seine Arbeit ist das Komitee den Menschen vor Ort rechenschaftspflichtig und diese werden in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Dieses Konzept setzt auf die Selbstorganisation der betroffenen BäuerInnen und ArbeiterInnen. Dadurch erleben die Menschen auch, dass sie durch selbstständige demokratische Organisation ihr Leben viel besser gestalten können, als das durch staatliche Institutionen oder NGOs möglich ist.

In Österreich hat die SLP 1.982,50 Euro gesammelt und an das WRC übergeben. An dieser Stelle auch einen Dank an alle SpenderInnen.

www.socialistworld.net

von Helga Schröder, SLP Wien

Die SLP hat eine Kampagne gegen die Abschiebung eines Studierendenaktivisten nach Guinea gemacht. Anlass, sich mit der Situation im Land zu befassen. Sekou Touré, der erste Präsident des unabhängigen Guinea prägte die Frühzeit der guineesischen Gewerkschaften und herrschte mit vermeintlich „sozialistischen“ Ideen diktatorisch. Nach seinem Tod putschte sich Lansana Conté 1984 an die Macht und betrieb massiv Privatisierungen. Gegen seine Militärdiktatur gab es von den Gewerkschaften getragenen Widerstand. 2006/07 fand eine Serie von Generalstreiks statt. Die Militärregierung ging brutal gegen die Proteste vor – mindestens 200 Menschen wurden getötet – musste aber Zugeständnisse machen. Ausbleibende Verbesserungen führten 2008 wieder zu Streiks auch bei LehrerInnen, ÄrztInnen und sogar bei der Polizei.

Hoffnung in Camara rasch enttäuscht

Nur Stunden nach Contés Tod im Dezember 2008 folgte der Putsch durch Moussa Dadis Camara. Der teilweise bei der deutschen Bundeswehr ausgebildete Militär erklärte die Aktivität der Gewerkschaften für unterbunden. Die „internationale Gemeinschaft“ empörte sich. Tatsächlich fürchteten die Minenkonzerne um die profitreiche Ausbeutung der Minen. Camara suchte Zusammenarbeit mit den Minenmonopolisten und bat die imperialistischen Staaten um Unterstützung, woraufhin die Empörung abebbte. Die von Armut und Diktatur verzweifelte ArbeiterInnenklasse hoffte anfangs auf Verbesserungen und Wahlen, die Camara versprach, aber nicht hielt. Und die Gewerkschaften

versuchten nicht, die Bewegung mit einem sozialistischen Programm weiterzuführen und die Forderungen der Massen zu erkämpfen.

Im September 2009 kam es bei Protesten gegen Camara zu einem Massaker im Stadion von Conakry durch das Militär, bei dem ca. 150 Menschen getötet und Hunderte verletzt und vergewaltigt wurden. Im Dezember 2009 wurde Camara bei einem Attentat verletzt und ausgeflogen. 2010 wurden die lange versprochenen Präsidentschaftswahlen abgehalten, mit der Stichwahl zwischen Alpha Condé und Cellou Dalé Diallo. Condé ist ein Malinke – diese Ethnie dominiert beim Militär – während Diallo Angehöriger der größten Ethnie der Peul ist, die noch nie ei-

nen Präsidenten stellte. Im Oktober vertrieben Condé-AnhängerInnen mehrere tausend Peul. Nach Verkündung des Wahlsieges von Condé protestierten Anhänger Diallos, Sicherheitskräfte gingen brutal dagegen vor und erschossen 86 Menschen. Diese Vorgänge stellen die Medien als ethnische Konflikte dar. Tatsächlich forcieren Herrschende überall Spaltung und lenken von ihrer Politik der Ausbeutung ab. Die neue Regierung Condés wird keine Änderung bringen, sie setzt sich aus ehemaligen Ministern, darunter viele Militärs, zusammen.

Gründe zur Flucht gibt es genug

Armut und Verfolgung in neokoloni-

Guinea: Serie von Militärdiktaturen mit „westlicher“ Unterstützung

Für Bauxit über Leichen



Guinea verfügt über die zweitgrößten Bauxitvorkommen und ist der weltgrößte Exporteur dieses Grundstoffs für Aluminium. Die Minenkonzerne sind in der Hand der herrschenden Klasse des „Westens“. Diese profitiert von der Ausbeutung der Rohstoffe und der extremen Armut in Guinea. Die Minen leisten 60 % des Exports, aber nur 20 % der Steuern, während die meisten Menschen im Land von weniger als einem Dollar pro Tag leben.

alen Ländern ist Ursache von Flucht. Flüchtende werden aber mit Hilfe rassistischer Gesetze ausgesperrt oder deportiert. Außerdem wird mit rassistischer Propaganda die eigene ArbeiterInnenklasse gespalten und Solidarität verhindert. Wenn ein politischer Aktivist der guineesischen Widerstandsbe-
wegung vom Militärregime inhaftiert, gefoltert und mit Mord bedroht wird, ihm dann die Flucht nach Österreich gelingt und schließlich der österreichische Staat ihn abschieben will, dann ist dies das deutlichste Zeichen für die Zusammenhänge des weltweiten Kapitalismus. Es zeigt, wie Herrschaft weltweit gesichert und dabei Menschenrechte missachtet werden. Es zeigt die Notwendigkeit internationaler Solidarität der ArbeiterInnenklasse. Ein wichtiger Teil dieser Solidarität ist aktiver Widerstand gegen Abschiebungen.

Der Kampf für bessere Lebensbedingungen und Demokratie kann nur erfolgreich sein, wenn die kapitalistische Ausbeutung beseitigt wird. Dazu braucht es eine ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. In Guinea gibt es eine lange und kämpferische Tradition der ArbeiterInnenbewegung – daran gilt es anzuknüpfen und die Kämpfe mit jenen von ArbeiterInnen in der ganzen Region und darüber hinaus zu verbinden.

Veranstaltung

“Ungarn – wohin?”

Mi., 9.2.2011 – 19 Uhr
“La Piazza”
Wien 20., Gaußplatz 7

“Nichts wird uns zurückhalten!”

Eine Welle der Revolte geht von Tunesien aus

von Sebastian Kugler, SLP-SchülerInnengruppe

Es ist wie beim Kochen: Wenn aus einem Druckkochtopf der Druck keinen Weg findet, dann explodiert das Ganze. Ähnlich ging es dem tunesischen Diktator Ben Ali. Während seiner 23 jährigen Diktatur unterdrückte er Opposition und Gewerkschaften und bekam im Jänner die Rechnung präsentiert. Er wurde trotz versuchter Zugeständnisse von einer unaufhaltsamen Bewegung aus dem Land gejagt.

Welle der Revolte

In Algerien wurden die Proteste gegen Erhöhungen der Lebensmittelpreise, inspiriert durch die Vorgänge in Tunesien, zu Aufständen und Revolten, die schnell das halbe Land erfassten. In der Zeitung „El Watan“ erklärt ein junger Demonstrant: „Nichts wird uns diesmal zurückhalten. Das Leben ist zu teuer und eine Hungersnot bedroht unsere Familien, während Apparatschicks Milliarden beiseite schaffen und auf unsere Kosten reich werden. Wir haben

keine Lust mehr auf dieses Hundeleben.“ Im Jemen hielten tausende DemonstrantInnen ein Banner auf dem „Freies Tunis, Sanaa grüßt dich tausendmal“ stand. In Jordanien und Ägypten gibt es Demonstrationen gegen die Regimes. Ein Ägypter formuliert auf Twitter: „Jeder arabische Führer blickt auf Tunesien in Angst und Schrecken, jeder arabische Bürger mit Hoffnung und Solidarität.“

... und was jetzt?

Egal, welche Regierung Ben Alis Gefährten oder die Pseudo-Oppositionsparteien in Tunesien aus dem Hut zaubern, keine kann die grundlegenden Probleme lösen, die zu den Revolten geführt haben. Ben Alis Clan mag besonders korrupt gewesen sein – andere KapitalistInnen werden das Vermögen nur anders unter sich aufteilen. Auf kapitalistischer Basis gibt es nirgendwo eine langfristige Sicherheit für Demokratie, Bildung und Arbeitsplätze. Diktatoren wie Ben Ali sind Garanten für Profite – Tunesien galt als wirtschaftliches Musterland für den Westen. Billige Arbeits-

kräfte und unterdrückte Gewerkschaften sind Wasser auf die Mühlen des Kapitals. Welche Clique an der Macht ist und wie sie regiert, ist imperialistischen Ländern meist egal, Hauptsache die Profite stimmen und das Land ist ein stabiler „Wirtschaftspartner“.

Tatsächliche Demokratie und wirklicher Wohlstand für die Menschen in der arabischen Welt würden die Profite schmälern. Die aktuellen Bewegungen entzündeten sich an sozialen Forderungen, schnell kam der Wunsch nach Freiheit und Demokratie hinzu. Soziale und demokratische Forderungen sind eng miteinander verbunden: Was nützt mir die Freiheit, eine Zeitung herauszugeben, wenn ich arbeitslos bin und mir nicht mal eine leisten kann? Oder die Freiheit zu wählen, wenn ich doch nur die Wahl zwischen Parteien habe, die grundsätzlich dasselbe vertreten? Obwohl es in Tunesien eine starke und in der Bewegung wichtige ArbeiterInnenklasse gibt, fehlt eine starke unabhängige politische Kraft, die die Interessen der Jugendlichen und der ArbeiterInnen vertritt und die Notwendig-

keit sieht, mit dem Kapitalismus zu brechen. Hält dieses Vakuum lange an, können reaktionäre Kräfte wie islamische Fundamentalisten hineinstoßen und die Stimmung zu ihren Gunsten missbrauchen, wie im Iran 1979. Allerdings gibt es heute auch die Erfahrungen mit islamistischen Regimes, die dieser Entwicklung entgegenwirken.

In Tunesien bildeten sich Selbstverteidigungskomitees in den Nachbarschaften, Post- und LehrendengewerkschafterInnen setzten sich gegen die korrupte Gewerkschaftsbürokratie durch. In Algerien gibt es unabhängige kämpferische Gewerkschaften von HafenarbeiterInnen und im Gesundheitswesen. All das sind wichtige Ansätze, die die Stärke und Bedeutung der ArbeiterInnenbewegung zeigen. Sie müssen verbunden, koordiniert und zusammengeführt werden, damit neue Organisationen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend entstehen können. Basiskomitees in den Nachbarschaften können tatsächlich freie Wahlen garantieren und sicherstellen, dass die Herrschenden keinen Fuß in die Tür bekommen.



Die Bewegung ist nicht vorbei – sie braucht keine Regierung der nationalen Einheit sondern eine „ArbeiterInnenregierung“. Räte oder Komitees in den Betrieben können den Konzernen und Bossen die Produktionsmittel entreißen und beginnen, nach Bedürfnissen statt nach Profit zu produzieren. Nur durch den Sturz des Kapitalismus kann auf lange Zeit der so erherrte Wohlstand und Frieden gesichert werden.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 195

Jänner / Februar 2011

**Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!**



“Humane Abschiebungen” gibt es nicht!

GEMEINSAM Abschiebungen stoppen!

von Sebastian Kugler, SLP-SchülerInnengruppe

Vieles ist faul im Staate Österreich. Egal wohin mensch sieht, schuld daran sollen „Die Ausländer“ sein. Aber sind MigrantInnen dafür verantwortlich, dass das Bildungssystem totgespart wurde? Oder dass in Wien seit 2004 keine Gemeindebauten mehr errichtet werden? Die etablierten Parteien betreiben alles rassistische Politik. „Ich halte es nicht für sinnvoll, dass wir uns hinstellen und so tun, als könnten wir alle Probleme der Welt alleine lösen.“ (SPÖ-Gusenbauer, Die Presse, 19.12.07) und „Es ist halt die Aufnahmefähigkeit Österreichs zu prüfen“ (ÖVP-Fekter, politspiegel.at, 1.10.09) stoßen ins selbe Horn. Beispiele für FPÖ/BZÖ erübrigen sich. Und der Grüne Pilz wettet darüber, dass Fekter zu wenig gegen „Moldawische Banden-Chefs“ (derstandard.at am 2.1.2011) täte und ist „mit Sicherheit nicht“ (ebda) für die Öffnung der Gemeindebauten für MigrantInnen. Fakt ist: Regierung und Opposition nützen AsylwerberInnen, um von ihrer eigenen Politik abzulenken. Für die meisten endet der Aufenthalt in Österreich mit der Abschiebung zurück in das Land, aus dem sie mit allen Mitteln fliehen wollten.

Widerstand ist erfolgreich!

In den letzten Monaten gab es eine Reihe erfolgreicher Protesten gegen Abschiebungen. Die SLP war bei allen führend dabei. Unsere Methode der öffentlichen Kampagne und des Druckkaufbaus durch Demonstrationen und Kundgebungen war in vielen Fällen entscheidend für die erzielten Erfolge. Für uns ist Asyl keine juristische Frage, sondern eine politische. Es hat sich gezeigt: Die Situation mag juristisch aussichtslos sein – Mit einer starken politischen Kampagne kann viel erreicht werden.

Solidarität aus dem Umfeld, wie bei Araksya

Die 14-jährige Araksya aus Rumänien hätte abgeschoben werden sollen, konnte aber fliehen. Sofort organisierten ihre MitschülerInnen Solidaritätsaktionen. Nur wenige Tage später zogen am 19.10. über 2000 SchülerInnen durch Wien und protestierten für das Bleiberecht ihrer Mitschülerin. Mit Erfolg: Durch diesen Ein-

satz konnte die Abschiebung vorerst verhindert werden.

Mediale Öffentlichkeit als Folge von Aktionen, wie bei der Familie Komani

Die kosovarische Familie wurde am 6.10. aus dem Freunde-Schützen-Haus von der Polizei abgeholt. Ohne zu zögern riefen wir zu einer Demo vor der Rossauer Lände auf. Zu der Demonstration kamen schließlich ca. 400 Personen, die wütend von dort zum Rathaus zogen. Eine große mediale Kampagne folgte. Ergebnis: Die Familie Komani durfte zurückkehren und bleiben.



Wir MigrantInnen sind nicht kriminell, ich arbeite, ich lerne und ich will eine Chance! Wie ich aus der Haft gekommen bin, war ich überrascht, wie viele Leute kämpfen. Wir brauchen ein Bleiberecht für alle. Wenn wir gemeinsam kämpfen, können wir gewinnen

Code Ehiro, Zusteller & Abendschüler

Politischer Druck, wie bei Code Ehiro

Wir erfuhren 48 Stunden vor Codes Abschiebung von dem Fall. Wir setzten alles in Bewegung und ließen bei den frisch in die Regierung gewählten Grünen nicht locker, bis sie sich an unserer spontanen Demo beteiligten. Dadurch wurde Code am selben Abend freigelassen und beteiligte sich mit zwei kämpferischen Reden an der Demonstration.

Alles zusammen, wie bei Ousmane Camara

Am 2.12. erfuhren wir durch den Studenten Robert Zahrl von der drohenden Abschiebung von Ousmane Camara. Er war in seiner Heimat Guinea Uni-Aktivist und wurde von der dortigen Diktatur verfolgt und gefoltert. Nach gelungener Flucht sollte er wieder nach Guinea abgeschoben werden, was seinen Tod bedeutet hätte. Alle NGOs hielten Ousmane für einen aussichtslosen Fall. Aber wir starteten sofort die Kampagne mit Pressearbeit, Aktionen, Demos, einer Protestmailflut und vielem mehr. Durch den politischen Druck und die Bekanntheit des Falles konnten wichtige Personen wie Menschenrechtsbeirat Nowak oder Anwalt Dr. Zan-

ger gewonnen werden. Am Tag der Abschiebung, dem 15.12., kam es zu Blockaden der Abschiebung, die am Ende durch den Einsatz von AktivistInnen und Ousmane selbst noch am Flughafen gestoppt wurde.

Andere Proteste, wo die Öffentlichkeit erst sehr kurzfristig organisiert wurde, waren leider weniger erfolgreich. Dramatisch die Deportation einer Frau aus Nigeria, die abgeschoben wurde, nachdem sie bei der österreichischen Polizei Anzeige wegen Zwangsprostitution erstattet hat. Die Bewegung gegen Abschiebungen wächst – wir werden uns auch in Zukunft einbringen!



GRUNDVERSORGUNG:

Im Heim (nach Bundesland leicht unterschiedlich):

EUR 5,- Essensgeld pro Tag,
EUR 40,- Taschengeld pro Monat

Ohne Heimplatz

EUR 220,- pro Monat und Familie,
EUR 180,- pro Erwachsenen und
EUR 80,- pro Kind. Essenszuschuss

Eine 5-fünfköpfige Familie erhält somit max. EUR 820,-, davon fünf Personen zu ernähren und Strom, Gas und Miete zu bezahlen ist schlicht unmöglich. Aber: Arbeiten dürfen AsylwerberInnen nicht.



Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at